

Forderungen der Landesarmutskonferenz Berlin zur Unterbringung von unfreiwillig obdachlosen Menschen

Hermann Pfahler (18. September 2018)

- 1. Prävention hat Vorrang, Wohnraumverlust muss verhindert werden!**
- 2. Rechtskonforme Unterbringung nach ASOG aller unfreiwillig obdachlosen Menschen in Berlin, unabhängig von Nationalität, Rechtsstatus und Leistungsbezug**
- 3. Erhöhung der Unterbringungskapazitäten**
 - Einrichtungen für spezifische Zielgruppen, z. B. für wohnungslose Frauen, wohnungslose Alleinerziehende und Paare mit minderjährigen Kindern, pflegebedürftige wohnungslose Menschen müssen in ausreichender Anzahl geschaffen werden.
 - sozialpädagogische Fachkräfte sollen in allen Einrichtungen verpflichtend mit einem Mindestschlüssel von einer Vollzeitstelle auf 38 Bewohner*innen vorgehalten werden.
 - Umsetzung der ASOG- Unterbringung nach den gleichen Prinzipien in allen Berliner Bezirken
- 4. Proaktive, aufsuchende Sozialarbeit mit obdachlosen Menschen**
 - mit dem Ziel der Integration in das Regel- /Sozialsystem
 - Akzeptanz der Betroffenen ist unerlässlich (nicht unbedingt ihr Tun und Verhalten)
 - individuelle, mit den Betroffenen abgestimmte Lösungen suchen
 - Bereitstellung von erforderlichen Ressourcen (Unterbringungsplätze, Wohnung, Finanzmittel für unbürokratische Hilfen usw.)
 - Abstimmung mit den Ordnungsbehörden
 - Großzügigere Nutzung von Ermessensspielräumen in Behörden, unbürokratische Zugangsmöglichkeiten zu Behörden und – wo erforderlich – Termine vor Ort
 - Aussagekräftige Dokumentation und Berichterstattung der Streetwork
- 5. Unter dem Motto „Sozialer Wohnungsbau: Berlin braucht mehr Dampf, wir sollten anheizen!“** wollen wir uns als Landesarmutskonferenz Berlin auch im kommenden Jahr in das politische Geschehen in Berlin aktiv einmischen.